



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Verwaltungsrath des deutschen Bundesstaates.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Der Verwaltungsrath des deutschen Bundesstaates.

So ist die Trennung geschehen, Sachsen und Hannover haben sich gelöst von dem Wege, auf welchem die Gestaltung des neuen Bundesstaates erstrebt wird. Es ist dies vorläufig kein Unglück, eher ein Glück für die Zukunft unsres Vaterlandes. Denn es kommt jetzt zunächst darauf an, einmützig und ohne Hindernisse, welche Cabinetstrinigen dazwischen werfen können, irgend Etwas zu Stande zu bringen, was die Grundlage für eine Vereinigung der deutschen Stämme bilden kann. Ja, wir Deutsche sind bescheiden geworden seit diesem Frühjahr; wir haben erkannt, daß wir noch keine Nation sind, und diese Erkenntniß, so bitter sie uns auch gemacht wurde, kann wenigstens bewirken, daß wir vorsichtiger werden, besonnener und deshalb energischer. Die politische Nichtigkeit der kleinen Königreiche ward bis jetzt weder von den Fürsten noch von den Völkern lebhaft genug empfunden, sie wird ihnen von der Stunde an fühlbar werden, wo sich rings um sie herum ein größeres Leben und ein kräftiges Selbstgefühl regt. Die Opposition von Hannover und Sachsen hat ihren letzten Grund in der Verstimmung ihrer Souveraine, beide waren bereit, einen Theil ihrer Hoheitsprivilegien dem Bundesstaat zu opfern, wenn ihre Vettern im Süden, der Baiern und Württembergers dasselbe Opfer brächten. Unerträglich aber erschien es ihnen sich beschränkt zu sehen, während jene in allen den kleinen Genüssen einer isolirten souverainen Existenz schwelgen. Jetzt haben sich alle vier Könige aus dem Knoten des Bundesstaates herausgeworfen, es ist nicht nöthig, daß deshalb die Partie aufhört. Der höchste Trumpf ist darin geblieben, das Bedürfniß der Deutschen sich fest mit einander zu vereinigen, und wenn Preußen versteht diese Größe zu gebrauchen, so mag es noch jetzt gegen das Cabinet des Fürsten Schwarzenberg, der ohne sein Verdienst die vier Könige in der Hand hält, das Spiel gewinnen. Der Abschied Sachsens und Hannovers aus dem Verwaltungsrath war kühl und diplomatisch genug. In der Sitzung am 19. October machte noch in Gegenwart der Herrn v. Zeschau und Wangenheim, der preussische Bevollmächtigte specielle Vorschläge für Zusammenberufung des nächsten Reichstages. Zuerst einige Modificationen zum Verfassungsentwurf. Der Ausdruck „Reich“ soll durch „Bundesstaat“ und Grenzboten. IV. 1849.

„Berein“ ersetzt werden, durch Zusätze wird die Fortdauer des Rechtsverhältnisses des neuen Bundesstaates zu den nicht theilnehmenden deutschen Staaten deutlich ausgesprochen und näher bestimmt, so wie die nachfolgende Aufnahme zutretender Staaten erleichtert. Ferner: der 15. Januar 1850 ist als allgemeiner Wahltag für das Volkshaus der nächsten Reichsversammlung anzunehmen und die Behörden deshalb anzuweisen; drittens, Erfurt werde der Sitz des nächsten Reichstags und endlich: die Verhandlungen der verbündeten Regierungen mit dem Reichstag sollen durch drei Commissarien geführt werden, die preussische Regierung wolle einen ernennen, der Verwaltungsrath die beiden Uebrigen. Alles dies seien nichts als Vorschläge Preußens, nur auf dem letzten Punkt will Preußen feststehen.

Mit dem 15. Januar als Wahltermin erklärten sich die kleineren Staaten sämmtlich einverstanden, Hannover schwieg, nur Sachsen bedauerte nicht beistimmen zu können, Mecklenburg-Strelitz dagegen, welches früher auch von einigem Widerspruchsgeist befeelt gewesen war, trat den Beschlüssen der Uebrigen wohlwollend und einlenkend bei. Auf diese Sitzung folgten die bekannten Abschiedsbriefe der königlichen Gesandten und ihre Abreise von Berlin.

In der nächsten Sitzung am 23. October ist aus dem Protokoll ein gewisses gemüthliches Wohlbehagen und eine ungeweine Einigkeit der Uebriggebliebenen zu erkennen. Auf eine Abschiedsnote der beiden Treulosen wird eine Gegenklärung gegeben, welche eben so lang als nachdrücklich ist. Außerdem wird auf den Scheidebrief der schmollenden Gesandten an Bodelschwingh noch eine Antwort beschlossen, welche höflich andeutet, es werde in den nächsten Sitzungen auch noch Anderes verhandelt werden müssen, als was auf Zusammenberufung des Reichstags Bezug habe, und Dinge, die den Verreisten wohl interessant sein könnten, übrigen verbleibe der Unterzeichnete mit Hochachtung.

Darauf wird einstimmig mit eifriger Herzlichkeit ein sehr verständiger Bericht der Wahlcommission, welche aus drei Mitgliedern des Verwaltungsraths gebildet war und deren Referent Nassau (Präsident Bollpracht) ist, angenommen. Durch diese Beschlüsse wird das octroyirte Wahlgesetz, dessen Unzweckmäßigkeit man offenbar sehr lebhaft empfand, so praktisch und brauchbar als möglich gemacht: es solle nicht als Gesetz publicirt werden, da der neue Reichstag erst seine Zustimmung dazu geben müsse, wohl aber müsse man es vorläufig den Localverhältnissen der einzelnen Staaten anpassen, und sich dabei mehr an die Grundprincipien, als an das Detail halten. Die Grundprincipien des Wahlgesetzes seien: Beibehaltung des allgemeinen Wahlrechts, dann aber ein Stimmenverhältniß, wobei Intelligenz und Besitz nicht zu kurz kommen, und endlich offene Abstimmung; dagegen sei auf Eintheilung der Wähler in drei Klassen nicht zu bestehen. Nachdem man in solchem Sinne die leitenden Grundsätze für Einrichtung der Wahlordnungen klug und ziemlich freistinnig festgesetzt, wurde bereits für Oldenburg und Kurhessen das

Wahlreglement festgestellt. — Man trennte sich spät, und wie es scheint, mit gutem Muth.

Die Verhandlungen über das Wahlgesetz sind wichtig, denn dieser Entwurf, nach welchem doch gewählt werden soll, ist von Anfang an eine Klippe für die oktroyirte Verfassung gewesen. Der freie Blick des Verwaltungsrathes, seine geschickten Deutungen und die zwingende Noth der Verhältnisse werden uns auch darüber weghelfen. Es nußt jetzt nichts, an dem Einzelnen zu mäkeln und zu tadeln, wir dürfen hoffen, daß auch bei diesem Wahlgesetz unsere treuen Männer und verständigen Patrioten in den Reichstag kommen werden. Und grade jetzt, wo man so leicht veranlaßt ist, an unserer Zukunft zu zweifeln, soll man sich erinnern, daß das deutsche Volk jetzt bereits reicher an bedeutenden parlamentarischen Kräften ist, als seine Nachbarn im Westen, ja vielleicht reicher als England. Es thut nicht Noth, die Namen zu nennen, auf welche wir stolz sind. Daran aber soll man denken, wenn die jetzigen englischen Parlamentsmitglieder, Oberhaus wie Unterhaus, auf einmal in die bodenlose Situation kämen, in welcher das Parlament von Frankfurt während des ganzen Jahres seiner Existenz schwebte: sie würden nicht besser, nicht praktischer, vielleicht nicht einmal mit so viel Würde und reinem Patriotismus gehandelt haben, als die Majorität dieses Hauses. Durch das Zurückziehen von Sachsen, und mehr noch von Hannover, verliert der nächste Reichstag allerdings eine Anzahl von Namen, deren guten Klang er ungerne vermissen wird; aber es ist ein günstiger und bedeutsamer Umstand, daß der größte Theil der parlamentarischen Helden, auf deren Worte das deutsche Volk mit Freude und Stolz hört, den kleineren Staaten des neuen Bundes angehört. Der Reichstag muß ein Ereigniß für Deutschland sein, weil die besten Talente des Volkes sich auf ihm zusammenfinden werden und seine Aufgabe keine ungeheuerliche mehr ist. Und wir könnten frisch weg mit Zuversicht auf seine Thätigkeit und seine Wirkungen bauen, wenn nicht noch Eines wäre, das wie eine Wolke über unserer Zukunft schwebt; die persönlichen Stimmungen und Gefühle, welche in Preußen regieren.

Noch ist ein Gegensatz zwischen dem preußischen Ministerium und dem Herrn desselben und zwischen jener Partei der deutschen Patrioten fühlbar, welche höchst wahrscheinlich auf dem neuen Reichstag die Majorität haben wird. Ein Bundesministerium Brandenburg wäre eine Unmöglichkeit. Wenn die preußische Regierung, welche von der deutschen Partei gefordert hat, daß sie ihr Manches von ihren Ueberzeugungen zum Opfer bringe, sich nicht auch ihrerseits entschließt, Einiges von ihren Launen zu opfern und ihre Gemüthswallungen klüger zu beherrschen, so kann noch trotz des Reichstages, der vielersehnte Bundesstaat in Trümmer fallen. Zum zweiten Mal wird dann das Vereinigungswerk der deutschen Stämme scheitern, und wieder werden Persönlichkeiten Preußens die Schuld tragen; sie und Preußen werden zuletzt dafür bezahlen. — Dreimal

wird während der Regierung desselben Königs der Krone Preußens die Gelegenheit geboten, Deutschland zu erobern. Zuerst im Jahr 1840, zum zweiten im Frühjahr 1849, das dritte Mal mag im Frühjahr 1850 sein. Man braucht nicht abergläubisch zu sein, um zu empfinden, daß dieser dritte Ruf des Schicksals der letzte sein wird.

Wir aber wollen unter allen Umständen fest und muthig der Zukunft in's Auge sehen und mit ganzer Seele nehmen wir noch das schönste Recht der Erdgeborenen in Anspruch: wir hoffen.

Die conservative Kraft Preußens.

Als im vorigen Jahr alle Glieder des preussischen Staates krachten, und die Krisis dort im Anfange bössartiger und gefährlicher erschien, als in den andern Staaten Deutschlands, waren die Freunde des „intelligenten“ Staats sehr bestürzt über das Unerklärliche dieser Erscheinung, seine Gegner versuchten das Unhaltbare dieses künstlichen Staatsbaues zu definiren. Und Wunder! eben so schnell und energisch, als der Schlag gewesen war, kam ein Gegenschlag, die Reaction in Preußen wurde vollständiger, als irgend wo anders und die conservative Partei kam zu einem Selbstgefühl, welches sie so sicher, so innerlich, selbst in Oestreich gegenwärtig nicht hat. Wer Preußen kennt, das Volk und Land, kann sich nachträglich wohl erklären, wie Alles so kommen mußte. Es ist nicht unnütz, grade jetzt auch das schon Bekannte zu wiederholen, denn man kann für unsere nächste Zukunft Allerlei daraus lernen.

Jene höchst bedeutsame Eigenthümlichkeit Preußens: seine großen Fortschritte aus dem Kampf starker Gegensätze zu erreichen, und grade aus solchen Kämpfen neues Leben zu gewinnen, welche viele andre Staaten zersetzen mußten, wird dann verständlich, wenn man sich erinnert, daß einmal die protestantische Aufklärung und die philosophische Bildung, welche die Geister in Preußen beherrscht, den politischen Liberalismus der Einzelnen in allen Graden und Extremen massenhaft entwickelt hat, während andererseits Gemüth und Interessen die große Mehrzahl des Volkes conservativ stimmen. Die Interessen des preussischen Volkes sind deshalb überwiegend conservativ, weil der Landbau noch fast überall den Hauptantheil an dem productiven Vermögen der Nation hat. Handel und Industrie stehen noch in seinen Diensten. Es ist bereits früher in diesen Hefen dargestellt worden, wie die politische Richtung eines Volkes bestimmt werde durch die Beschaffenheit des Grundbesitzes und durch sein Verhältniß zum Handel und zur Industrie.